

Protokollauszug

aus der
48. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit
und Soziales
vom 18.03.2008

öffentlich

Top 3 Vorstellung des Jugendkonzeptes der PAGA

zur Kenntnis genommen

Herr Thomann stellt das Konzept vor und gibt anhand von Folien Erläuterungen dazu. Er informiert über die Ergebnisse der Integrationen 2007 und macht dabei deutlich, dass die Zielvorgaben übertroffen wurden.

Er erörtert die Ziele der PAGA, gibt Erläuterungen zu den Sanktionen sowie den Sanktionsstufen und weist darauf hin, dass diese gesetzlich geregelt sind.

Herr Thomann stellt die weiteren Aktivitäten der PAGA vor, gibt einen Ausblick für 2008 und erklärt die Rahmenbedingungen sowie die Zielvereinbarungen.

Frau Blume fragt wie viele Jugendliche 2007 in Lehrstellen vermittelt wurden.

Frau Dörnbrack sagt zu, die Zahlen für die betrieblichen Ausbildungen nachzureichen.

Frau Blume bittet um Erläuterung des Kooperationsvertrages mit der Arbeitsagentur für Arbeit zur Vermittlung der Schulabgänger.

Frau Schulze fragt, wie viele vermittelte Jugendliche im Niedriglohnbereich angestellt sind und ergänzende Leistungen erhalten.

Herr Thomann betont, dass hier keine Statistik zur Verfügung steht.

Frau Geywitz fragt nach dem Umgang mit Jugendlichen mit besonderen Problemen. Gibt es eine Ausbildungsperspektive für Abgänger von Förderschulen?

Sie macht auf die Altbewerber mit Realschulabschluss aufmerksam.

Des weiteren fragt sie, wie mit den Jugendlichen gearbeitet wird, die in der Vergangenheit Maßnahmen nicht erfolgreich abgeschlossen haben.

Herr Thomann erklärt, dass die Fallmanager sich intensiv mit den Jugendlichen mit Förderschulabschluss befassen und diese mit entsprechenden Maßnahmen unterstützen.

Jugendliche mit Realschulabschlüssen werden u.a. mit ausbildungsfördernden Maßnahmen unterstützt. Er betont, dass genau darauf geachtet wird, dass nicht in sog. drittklassige Bereiche vermittelt wird.

Es wird auch modulare Ausbildung angeboten.

Herr Fröhlich fragt, ob Jugendliche mit multiplen Schwierigkeiten als integrationsfern eingestuft werden und was speziell für diese Jugendlichen getan wird. Er bittet um Information bezüglich Obdachlosigkeit von Jugendlichen.

Herr Fröhlich fragt, welche positiven Erfahrungen es mit Sanktionen gibt.

Herr Thomann erklärt, dass Sanktionen als erzieherisches Mittel benutzt werden. Es macht dabei deutlich, dass es aber einen geringen Teil an Jugendlichen, bei denen dies nicht die gewünschte Wirkung erzielt. Auch aus Konsequenzgründen wird zu Sanktionen gegriffen. Er informiert, dass die Zahl der jugendlichen Obdachlosen zurückgegangen ist. Diese werden durch einen Träger in Projekten betreut und schnellstmöglich aus der Obdachlosigkeit geholt.

Frau Dörnbrack verweist auf die sehr gute Zusammenarbeit der Fallmanager mit dem Bereich Wohnen hin, in dem es einen Ansprechpartner für obdachlose Jugendliche gibt. Es gibt auch mehrere betreute Wohnprojekte in der Stadt. Sie verweist auch auf die gute Zusammenarbeit mit der Reha-Abteilung und den Förderschulen. Sie weist darauf hin, dass die Jugendlichen bei Sanktionen immer auch Sachleistungen beantragen können.

Frau Dr. Müller macht deutlich, dass es Ziel sein muss, obdachlose Jugendliche immer außerhalb des Objektes Lerchensteig unterzubringen. Sie fragt, wie andere Unterbringungsmöglichkeiten gefunden werden. Sie weist darauf hin, dass die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss in den kommenden Jahren nicht sinken wird. Wie kann dagegen gesteuert werden?

Herr Thomann erklärt, dass die PAGA vor dem Problem steht, dass immer mehr Jugendliche betreut werden, die schwer in den Arbeitsmarkt zu vermitteln sind. In diesem Bereich ist das Potsdamer System das Mittel der kommenden Jahre. Die Möglichkeit der Unterstützung obdachloser Jugendlicher besteht in der Bezahlung des Wohnraumes. Dies wird auch getan.

Frau Paulsen fragt, woran es liegt, dass auch Jugendliche mit mittlerer Reife nicht in Ausbildung sind.

Herr Thomann erklärt, dass hier oft auch sehr schlechte Abschlüsse vorliegen. Er weist auch auf die Einstellungstest hin, die durch die Arbeitgeber durchgeführt werden. Hier greift dann die Ausbildungsförderung.

Frau Geywitz macht auf die Jugendlichen aufmerksam, die durch verschiedene Umstände nicht in der Lage sind, die Hilfsangebote wahrzunehmen. Sie fragt wie sichergestellt wird, ob hinter dem „ich will nicht“ ein „ich kann nicht“ steckt.

Herr Thomann weist darauf hin, dass in der PAGA fast alle Mitarbeiter eine Ausbildung zum Fallmanager haben. Es ist die Aufgabe des Fallmanagers, dies festzustellen.

Frau E. Müller macht auf die differenzierte Betreuung der Jugendlichen durch die PAGA aufmerksam. Bereits in der Schule sollte durch die Lehrer darauf hingearbeitet werden, dass hier frühzeitig präventiv gearbeitet werden kann. Hierzu sollte das Potsdamer System weiter ausgebaut werden.

Herr Jutzi informiert, dass kürzlich zwei Jugendliche zu ihm kamen und um Hilfe gebeten haben. Auf die Frage, warum sie im Zwist mit der PAGA liegen, wussten diese nicht die Gründe dafür. Er fragt, ob den Jugendlichen die Gründe für die Sanktion mitgeteilt werden.

Herr Thomann erklärt, dass der Jugendliche grundsätzlich belehrt und schriftlich über die Sanktion informiert wird. Er bietet an, dass Herr Jutzi auf die PAGA zugeht und diese konkreten Fälle in einer Fallkonferenz geklärt werden.

Kundenbefragung

Herr Thomann informiert, dass in der 13. und 14. Kalenderwoche die Befragung der Kunden durchgeführt werden soll. Diese Befragung erfolgt bundesweit telefonisch. Er sagt zu, dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales die Ergebnisse der Befragung mitzuteilen, sobald diese vorliegen.

Frau Dr. Müller macht deutlich, dass sie eine Telefonbefragung nicht für vorteilhaft hält.

Herr Thomann macht deutlich, dass die Befragung anonym durch einen Träger vorgenommen wird.

Frau Schulze verweist auf den Beschluss zu Befragung der Potsdamer Bedarfsgemeinschaften. Wie viele Potsdamer werden befragt und wie werden die für Potsdam entwickelten Fragen behandelt?

Herr Thomann weist darauf hin, dass diese Fragen mit eingeflossen sind.

Frau E. Müller erklärt, dass sich die Trägerversammlung der PAGA dazu verständigt hat, an der bundesweiten Befragung teilzunehmen, um dies auch vergleichbar zu machen. Sie sagt zu, den Fragebogen mit dem Protokoll auszureichen.